

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: KV Münster (dort beschlossen am: 30.03.2026)

Titel: Stoppt Palantir in NRW!

Antragstext

1 **Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen**
2 **beschließt:**

3
4 1. Die Grüne Jugend NRW fordert den sofortigen stopp der Nutzung von Palantir-
5 Software bei der Landespolizei. Verträge mit dem Unternehmen sollen entweder
6 gekündigt oder nicht
7 verlängert werden. Bei zukünftigen Ausschreibungen für den Verfassungsschutz
8 soll Palantir vornherein ausgeschlossen sein

9
10 2. Die Grüne Jugend NRW steht grundsätzlich kritisch zur Nutzung von KI-
11 gestützten
12 Datenanalysen durch Polizei und Geheimdienste.

Begründung

In Nordrhein-Westfalen wird zum jetzigen Zeitpunkt bereits Software von Palantir durch die Polizei eingesetzt. Mit der Novellierung des Landesverfassungsschutzgesetzes Ende des vergangenen Jahres wurden zudem die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass künftig auch der Verfassungsschutz auf Palantir-Software zurückgreifen kann. Damit droht eine weitere Ausweitung staatlicher Überwachungs- und Analyseinstrumente, deren Vereinbarkeit mit Grund- und Freiheitsrechten hoch umstritten ist.

Dabei ist nicht allein Palantir-Software das Problem. Auch andere (europäische) Softwareanbieter, ermöglichen Polizeibehörden und Geheimdiensten weitläufige Profile über Personen mit geringen Arbeitsaufwand zu erstellen. Auch wenn die Begründung besserer Aufklärung von Kriminalität verständlich ist, steigt mit den erweiterten Befugnissen und

Möglichkeiten von Sicherheitsbehörden auch die Missbrauchsgefahr. Seien es einzelne Beamte die Daten rechtswidrig erheben und weitergeben oder auch mögliche zukünftige autoritäre Regierungen die relativ einfach diese Art von Software zur Überwachung von der Bevölkerung nutzen könnte.

Palantir steht seit Jahren in der Kritik. In den USA verwenden verschiedene staatliche Einrichtungen seit längerem Palantir-Software. Darunter auch die US-Einwanderungsbehörde ICE, welche die Software nachweislich zur Repression, Überwachung und Verfolgung von Migrant*innen, Minderheiten und politischen Gegnern einsetzt. In der Vergangenheit sind auch Vorwürfe gegenüber Polizeibehörden bekannt geworden, die Palantir-Software für racial-profiling verwendet haben.

Besonders problematisch ist zudem die politische Einordnung des Unternehmens: Palantir-Mitgründer Peter Thiel unterstützt aktiv die Trump-Bewegung in den USA und hat sich in der Vergangenheit offen gegen demokratische Prinzipien positioniert. Ein Unternehmen, dessen führende Akteure autoritäre und demokratiefeindliche Positionen vertreten und von repressiven Überwachungspraktiken profitieren, darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt werden.

Der Einsatz von Palantir-Software bedeutet nicht nur eine massive Ausweitung staatlicher Datensammlung und -verknüpfung, sondern auch eine politische Abhängigkeit von einem privatwirtschaftlichen Akteur, dessen Geschäftsmodell auf Überwachung und Datenanalyse basiert. Stattdessen braucht es eine Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Transparenz gewährleistet und demokratische Kontrolle ernst nimmt